Heute wird viel über Framing geredet. Man kann manches auch einfach sagen. Ich kramte in meinem Bücherregal und fand einen Text, der jetzt rund 53 Jahre alt und immer noch aktuell ist. Damals analysierte ich für einen kleinen Kreis von Studenten und Sozialwissenschaftlern, die sich in einem Arbeitskreis des Evangelischen Studienwerks Villigst zusammengetan hatten, die Sprache in der wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Debatte. Wenn Sie diesen Text lesen, werden Sie erkennen, wie aktuell das alles geblieben ist. Manipulationen gab es damals und noch früher auch, und die gleiche Manipulation mit den gleichen Methoden gibt es immer noch. **Albrecht Müller**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/190222_Ueber_die_vorurteilsbeladene_Sprache_in_der_wirtschafts_und_gesellschaftspolitischen_Diskussion_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

In meinem Text geht es um Zahlungsbilanz"überschüsse" und „Defizite", um „Arbeitsmarktspannungen" und „Wachstum", um „wirtschaftliche Freiheit" und „freiheitliche Wirtschaftsordnung" und um angebliche „Gesetzmäßigkeiten".

Es falle auf, so schrieb ich damals, dass in der gesellschaftspolitischen Diskussion Wörter, Begriffe und Wortkombinationen verwandt werden und manchmal sogar dominieren, die in der jeweiligen Situation beim Angesprochenen (Leser, Hörer, Gesprächspartner) eine Stellungnahme, ein Urteil oder eine Aktion hervorrufen, die der Sache nicht angemessen sind, die zu einem Urteil führen, das auf dieser Stufe der Diskussion noch gar nicht möglich sein sollte. Damit werde die notwendige Kritik und Kontrolle überspielt und die Entwicklung der richtigen Problemstellung gehemmt. **Das führe zu einer sonderbar gleichgerichteten Fehlorientierung. Es zeige sich, dass eine solche Fehlorientierung häufig dem Interesse bestimmter Gruppen dient.**

Kommt Ihnen das bekannt vor?

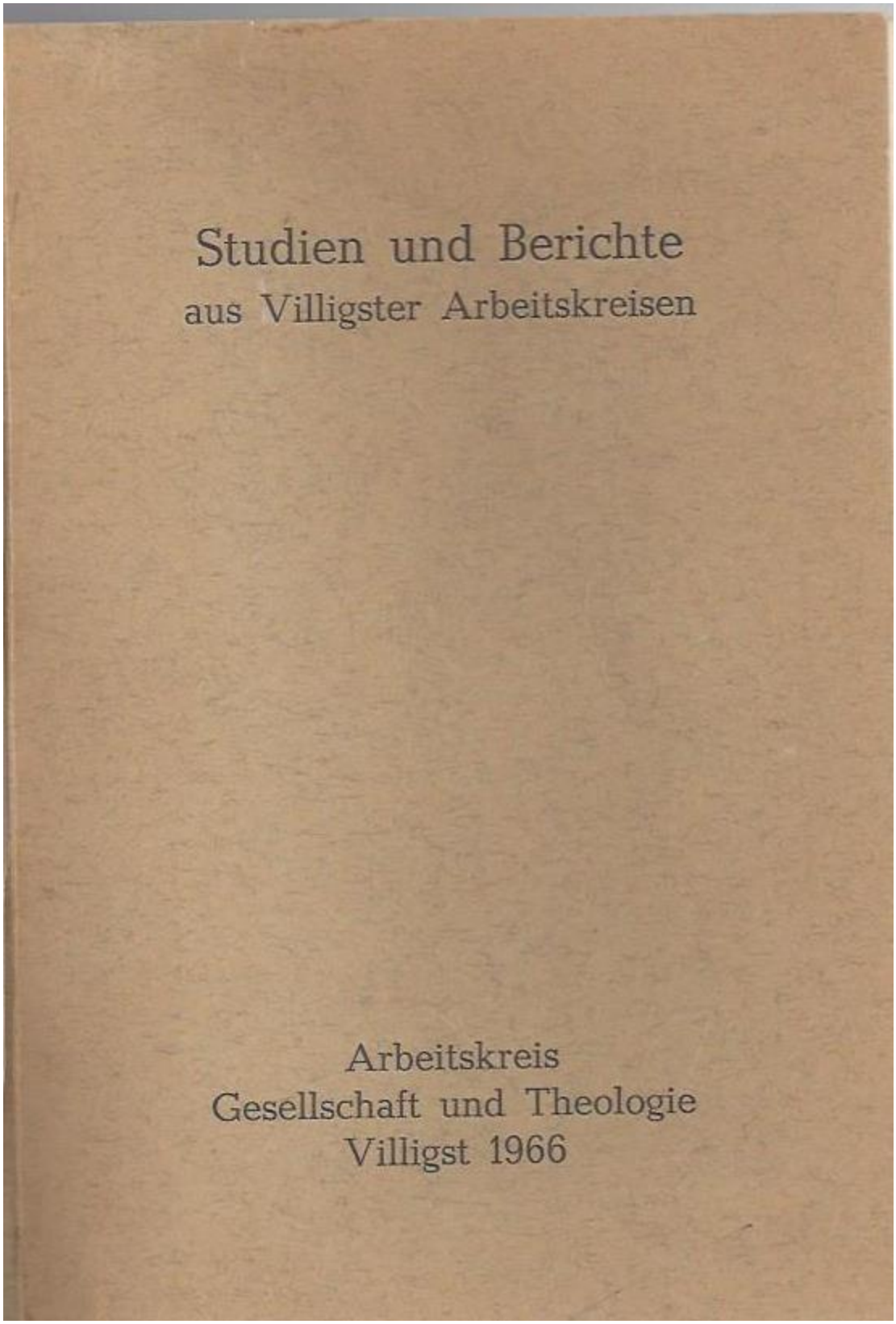
Der Text ist eingescannt und nach dieser Einführung wiedergegeben. Außerdem finden Sie ihn hier als PDF.

Vorweg zur Einordnung noch einige biografische Hinweise: Ich war damals wissenschaftlicher Assistent bei Professor Dr. Hans Möller an der Universität München. Zusammen mit Freunden hatten wir einen Wirtschaftspolitischen Club gegründet und ein

Forum an der Universität eingerichtet. Dort debattierten wir mit großer Resonanz bei den Studenten Fragen, die auch in meinem Beitrag angesprochen worden sind. Ansonsten schrieben wir kritische und programmatische Papiere; zum Beispiel erarbeiteten wir einen Vorschlag für eine Bodenwertzuwachssteuer. Wenn man so will, war die Gründung dieses Clubs eine erste Vorübung für die NachDenkSeiten.

Aus heutiger Sicht war der unten wiedergegebene Text über die vorurteilsbeladene Sprache in der wirtschaftspolitischen Debatte auch eine gute Vorbereitung für meine nächste berufliche Aufgabe, die ich 1968, also zwei Jahre später, in Bonn übernahm: als Redenschreiber des damaligen Bundeswirtschaftsministers Professor Dr. Karl Schiller.

Hier also der Text einer kleinen Rede aus dem Jahr 1966:


Studien und Berichte
aus Villigster Arbeitskreisen
Arbeitskreis
Gesellschaft und Theologie
Villigst 1966

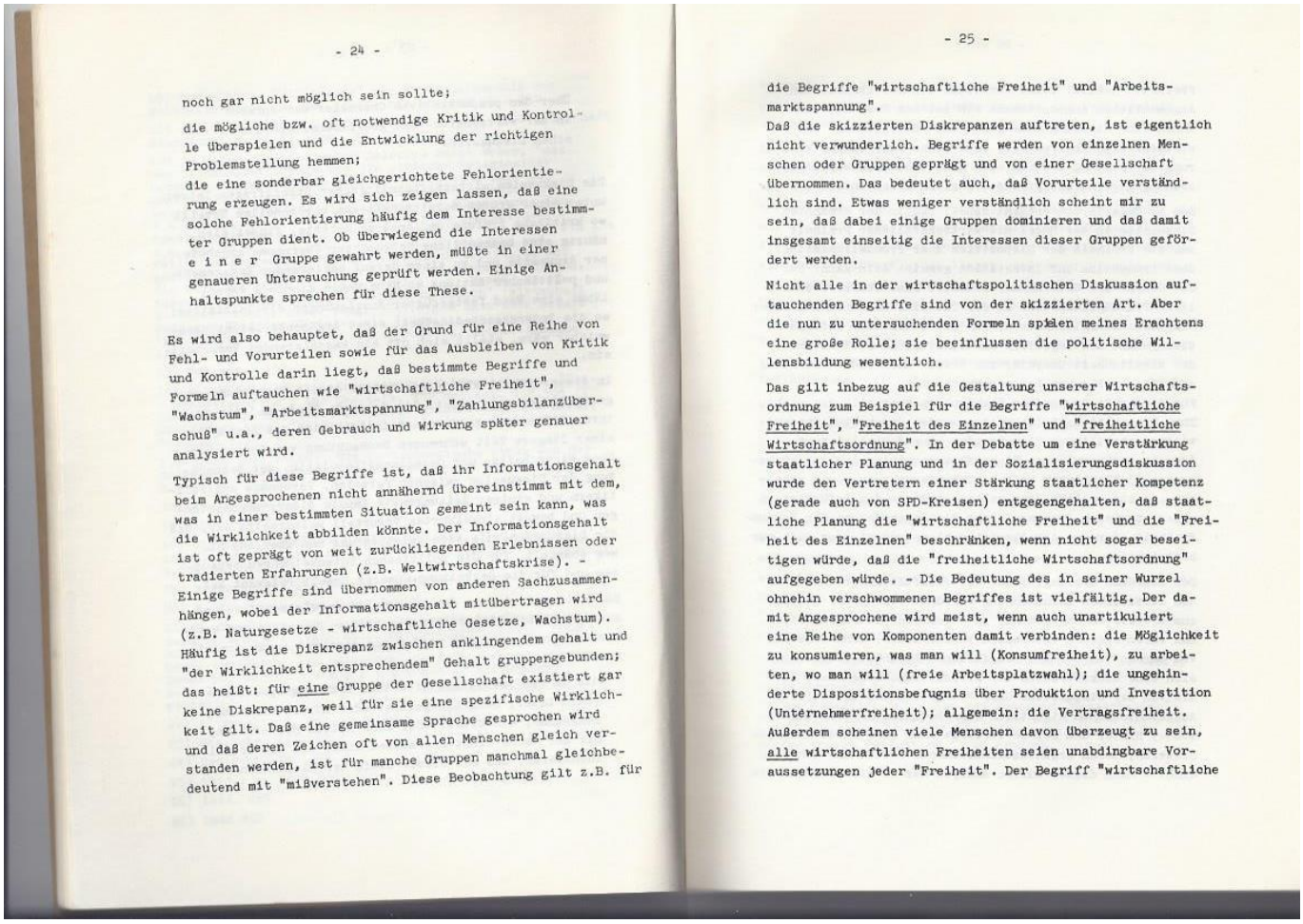
Über den präjudikativen Charakter der Sprache
in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion.

Die Diskussion wirtschaftspolitischer Streitfragen leidet unter einer großen Bereitschaft zum vorschnellen Urteil; wo kritische Prüfung und Analyse nottäte, findet sich häufig eine bedauerliche Neigung zur Übernahme angebotener Argumente und zu einem darauf basierenden Engagement und politischer Aktion; wo Neuerungen sinnvoll wären, lähmt eine Wand festgefügter Anschauungen die Initiative; wo die Interessenbedingtheit eines Arguments leicht nachweisbar wäre, stellt sich oft ein kaschierendes Vorurteil ein.

In dieser Arbeit wird eine Ursache dieser Verhärtung vorgestellt und untersucht. Die folgende These und die zu ihrer Stützung angeführten Beispiele sind das Ergebnis einer längere Zeit währenden Beobachtung von Gesprächen über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, der Beobachtung der Diskussion zwischen Parteien, Verbänden und Politikern und einiger Zeitungen. - Impuls dieser Beobachtungen und bewußt eingeführtes Vorurteil meinerseits war, daß die Diskussion, die sich zwischen uns und über uns hinweg abspielt, für die politischen Entscheidungen bedeutsam und für die Gestaltung unserer Umwelt relevant sei.

Es fällt auf, daß in der Diskussion um wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen Wörter, Begriffe und Wortkombinationen verwandt werden und manchmal sogar dominieren,

die in der jeweiligen Situation beim Angesprochenen (beim Leser, Gesprächspartner oder Hörer) eine Stellungnahme, ein Urteil oder eine Aktion hervorrufen, die der Sache nicht angemessen sind; die ein Urteil induzieren, das auf dieser Stufe der Diskussion



noch gar nicht möglich sein sollte;

die mögliche bzw. oft notwendige Kritik und Kontrolle überspielen und die Entwicklung der richtigen Problemstellung hemmen;

die eine sonderbar gleichgerichtete Fehlorientierung erzeugen. Es wird sich zeigen lassen, daß eine solche Fehlorientierung häufig dem Interesse bestimmter Gruppen dient. Ob überwiegend die Interessen e i n e r Gruppe gewahrt werden, müßte in einer genaueren Untersuchung geprüft werden. Einige Anhaltspunkte sprechen für diese These.

Es wird also behauptet, daß der Grund für eine Reihe von Fehl- und Vorurteilen sowie für das Ausbleiben von Kritik und Kontrolle darin liegt, daß bestimmte Begriffe und Formeln auftauchen wie "wirtschaftliche Freiheit", "Wachstum", "Arbeitsmarktspannung", "Zahlungsbilanzüberschuß" u.a., deren Gebrauch und Wirkung später genauer analysiert wird.

Typisch für diese Begriffe ist, daß ihr Informationsgehalt beim Angesprochenen nicht annähernd übereinstimmt mit dem, was in einer bestimmten Situation gemeint sein kann, was die Wirklichkeit abbilden könnte. Der Informationsgehalt ist oft geprägt von weit zurückliegenden Erlebnissen oder tradierten Erfahrungen (z.B. Weltwirtschaftskrise). - Einige Begriffe sind übernommen von anderen Sachzusammenhängen, wobei der Informationsgehalt mitübertragen wird (z.B. Naturgesetze - wirtschaftliche Gesetze, Wachstum). Häufig ist die Diskrepanz zwischen anklingendem Gehalt und "der Wirklichkeit entsprechendem" Gehalt gruppengebunden; das heißt: für eine Gruppe der Gesellschaft existiert gar keine Diskrepanz, weil für sie eine spezifische Wirklichkeit gilt. Daß eine gemeinsame Sprache gesprochen wird und daß deren Zeichen oft von allen Menschen gleich verstanden werden, ist für manche Gruppen manchmal gleichbedeutend mit "mißverstehen". Diese Beobachtung gilt z.B. für

die Begriffe "wirtschaftliche Freiheit" und "Arbeitsmarktspannung".
Daß die skizzierten Diskrepanzen auftreten, ist eigentlich nicht verwunderlich. Begriffe werden von einzelnen Menschen oder Gruppen geprägt und von einer Gesellschaft übernommen. Das bedeutet auch, daß Vorurteile verständlich sind. Etwas weniger verständlich scheint mir zu sein, daß dabei einige Gruppen dominieren und daß damit insgesamt einseitig die Interessen dieser Gruppen gefördert werden.

Nicht alle in der wirtschaftspolitischen Diskussion auftauchenden Begriffe sind von der skizzierten Art. Aber die nun zu untersuchenden Formeln spielen meines Erachtens eine große Rolle; sie beeinflussen die politische Willensbildung wesentlich.

Das gilt inbezug auf die Gestaltung unserer Wirtschaftsordnung zum Beispiel für die Begriffe "wirtschaftliche Freiheit", "Freiheit des Einzelnen" und "freiheitliche Wirtschaftsordnung". In der Debatte um eine Verstärkung staatlicher Planung und in der Sozialisierungsdiskussion wurde den Vertretern einer Stärkung staatlicher Kompetenz (gerade auch von SPD-Kreisen) entgegengehalten, daß staatliche Planung die "wirtschaftliche Freiheit" und die "Freiheit des Einzelnen" beschränken, wenn nicht sogar beseitigen würde, daß die "freiheitliche Wirtschaftsordnung" aufgegeben würde. - Die Bedeutung des in seiner Wurzel ohnehin verschwommenen Begriffes ist vielfältig. Der damit Angesprochene wird meist, wenn auch unartikuliert eine Reihe von Komponenten damit verbinden: die Möglichkeit zu konsumieren, was man will (Konsumfreiheit), zu arbeiten, wo man will (freie Arbeitsplatzwahl); die ungehinderte Dispositionsbefugnis über Produktion und Investition (Unternehmerfreiheit); allgemein: die Vertragsfreiheit. Außerdem scheinen viele Menschen davon überzeugt zu sein, alle wirtschaftlichen Freiheiten seien unabdingbare Voraussetzungen jeder "Freiheit". Der Begriff "wirtschaftliche

Freiheit" besitzt damit für viele von der skizzierten Argumentation Angesprochene ein solches Gewicht, daß ihnen eine Stellungnahme gegen die "Beseitigung" der wirtschaftlichen Freiheit, also gegen eine Intensivierung der Planung und für eine ganz bestimmte Wirtschaftsordnung gerechtfertigt und dringlich erscheint.

Dem so Engagierten entgeht dabei, daß in der erwähnten Diskussion in der Regel mit wirtschaftlicher Freiheit nur die Freiheit der Disposition über Produktionsmittel, über Produktion und Investition gemeint sein kann. Für die Gruppe der Unternehmer bedeutet eine stärkere staatliche Planungskompetenz in der Tat eine Beschränkung ihrer Dispositionsmöglichkeiten, für sie stimmt der Informationsgehalt des Begriffes wirtschaftliche Freiheit mit der Wirklichkeit überein; ihr Urteil über eine Ausweitung staatlicher Planung ist gerechtfertigt.
Für die große Gruppe der Nichtunternehmer gilt das nicht. Ihre Dispositionsmöglichkeiten werden durch eine Intensivierung staatlicher Planung oder eine Sozialisierung (der in der westlichen Diskussion gemeinten Art) nicht begrenzt.[1] Sie können weiter konsumieren, was - und arbeiten, wo sie wollen; denn selten wird von den Befürwortern einer stärkeren Staatsaufsicht die Beschränkung der Konsumfreiheit oder der Arbeitsplatzwahl gefordert oder auch nur beabsichtigt.

Der Gebrauch des Begriffes "wirtschaftliche Freiheit" in dem skizzierten Zusammenhang verführt eine große Gruppe zum übereilten Engagement, ja eigentlich zu einem Urteil, das ihren eigenen Interessen zuwiderläuft; denn verdeckt vom Gerede von der wirtschaftlichen Freiheit vollzieht sich eine Konzentration der Dispositionsbefugnisse, die die von der Disposition über Produktion und Investition Ausgeschlossenen eigentlich eine Revision fordern lassen müßte; hinter dem Gerede verbirgt sich eine Industrieorganisation, deren Organisationselemente Befehl und Gehorsam sind. - Sinn dieser kurzen Analyse war es nicht, gegen die

herrschenden Verhältnisse zu polemisieren; es sollte nur gezeigt werden, wie bestimmte Termini die Verhältnisse zu verschleiern vermögen.

Es wäre interessant, der Frage nachzugehen, wieso ein großer Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik sich von der Argumentation mit der "wirtschaftlichen Freiheit" beeindrucken läßt. Ein Grund scheint darin zu liegen, daß man sich die verschiedenen Komponenten wirtschaftlicher Freiheit nur gemeinsam realisierbar vorzustellen vermag; ein anderer könnte darin liegen, daß jeder einzelne mit der Chance rechnet, selbst zu den über die Produktion Disponierenden aufzusteigen und damit selbst von einer durch staatliche Planung bewirkten Einschränkung der Unternehmerfreiheit negativ betroffen zu werden. Bei vielen verursacht der unsaubere Sprachgebrauch die übereilte Urteilsbildung.

Um dem Leser (Hörer) eine Kostprobe von der Vorurteile fördernden Kraft der in der wirtschaftspolitischen Diskussion geläufigen Formeln zu bieten, zitiere ich aus einem Aufsatz aus der "Zeit" vom 7. Mai 1965.[2] Die Zitate sind ausgewählt; sie geben meines Erachtens aber Gesamttendenz und analytisches Niveau des Artikels wieder. Darüber hinaus können sie als typisch für die meisten Artikel im Wirtschaftsteil der "Zeit" gelten, der jedem etwas kritischen Ökonomen mehr und mehr zum Ärgernis wird. In dem vorliegenden Fall geht es um eine Reihe von Begriffen, die sich gemeinsam abhandeln lassen; um "Wachstum", "Wachstumsrate", "Volkseinkommen", "Sozialprodukt", "Produktion", u.a. Ich zitiere:

"Monat für Monat tragen sie (die Gastarbeiter, d. Verf.) mit rund 1 Milliarde Mark zur Schaffung des deutschen Sozialprodukts bei."

"Mißverständlich ist schon der Ausdruck "Gastarbeiter": Die ausländischen Arbeitnehmer sind schließlich hier, um Geld zu verdienen, und sie sind uns willkommen, weil sie helfen unsere Produktion [3] zu erhöhen."

"Je länger die deutsche Wirtschaft darauf angewiesen ist, die Spannungen am Arbeitsmarkt durch einen Rückgriff auf die Reserven anderer Länder zu mildern, desto weniger wird sich vermeiden lassen, auch nichtarbeitende Familienangehörige aufzunehmen."

"Soll das Wirtschaftswachstum nicht gehemmt werden so wird, selbst wenn die Rationalisierung noch schnellere Fortschritte machen sollte, eine Ergänzung der einheimischen Arbeitskräfte durch Ausländer unentbehrlich bleiben. - Wenn gesagt wird, daß das schon deshalb zweckmäßig sei, weil die ausländischen Arbeiter billiger seien, trifft das nicht zu; sie erhalten grundsätzlich den gleichen Lohn wie ihre deutschen Kollegen."

"Wägt man gegeneinander ab, was für und was gegen die Beschäftigung von Ausländern spricht, so zeigt sich, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Vorteile für die Bundesrepublik größer sind als die Belastungen, die damit verbunden sind. Wir werden weiterhin versuchen müssen, Arbeitskräfte aus den unterbeschäftigten Ländern zu gewinnen, um das Wachstum unserer Wirtschaft zu sichern."

Es ist verblüffend, wie einleuchtend dies klingt, obwohl die Argumente des Verfassers einer kritischen Analyse kaum standhalten. Mit einer Fülle scheinbar klarer Formeln wie "Wachstum unserer Wirtschaft", "deutsche Wirtschaft", "unsere Produktion" etc. gelang es dem Autor, den Eindruck zu erwecken, das Urteil über die Gastarbeiter liege auf der Hand[4]: Wachstum ist gut, desgleichen alles was zu unserer Produktion beiträgt, also auch die Gastarbeiter. Ich werde zu zeigen versuchen, daß eine Diskrepanz besteht zwischen dem, was die verwendeten Begriffe auszusagen vermögen, und dem, was sich der Durchschnittsleser dabei denkt.

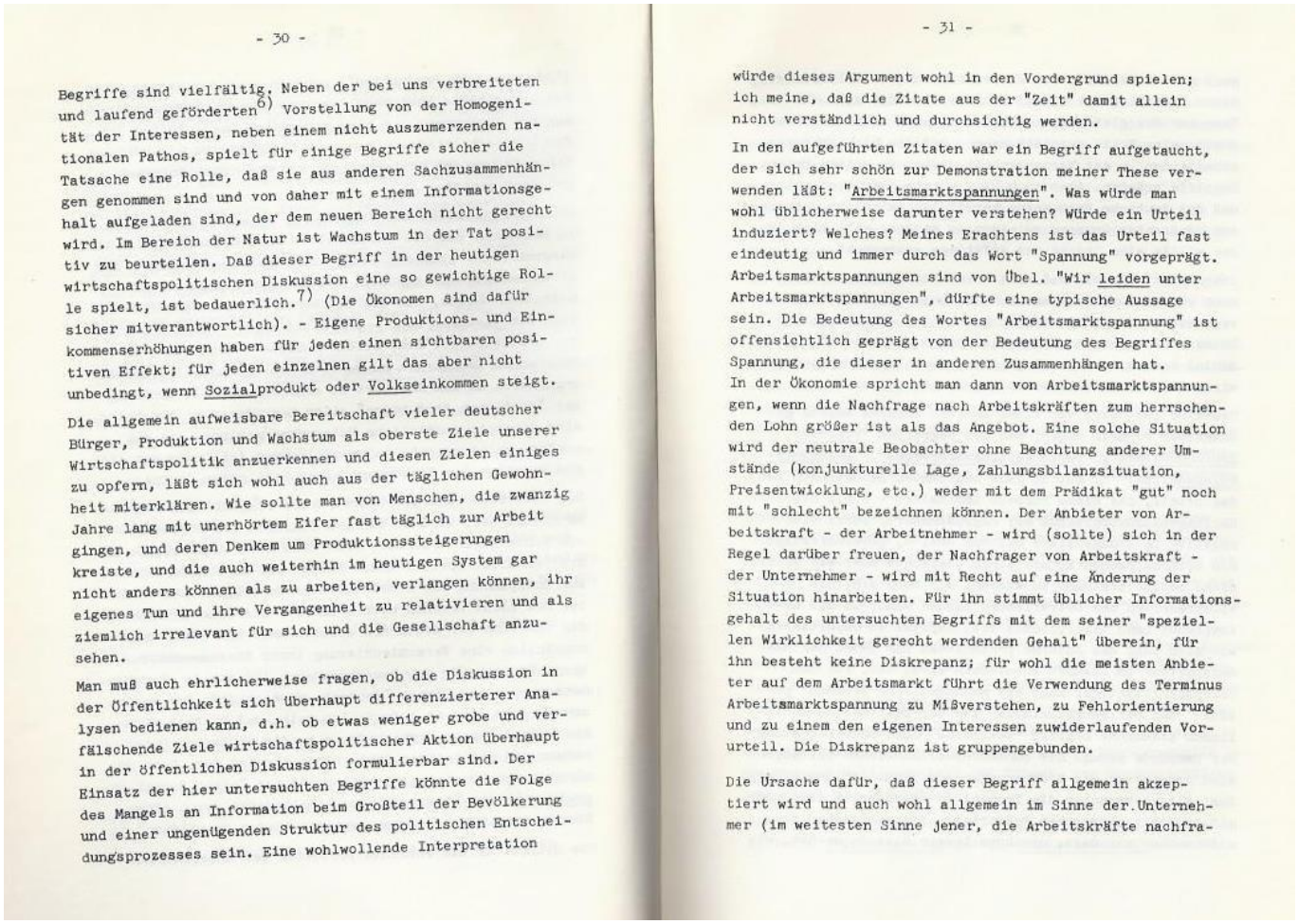
Die Gastarbeiter tragen sehr wahrscheinlich zur Erhöhung der deutschen Produktion (etwa des Bruttoinlandsproduktes) bei. Für den einzelnen Leser relevant ist aber nicht die "deutsche Produktion" sondern sein Einkommen. Der gröbste noch zulässige Index des Einkommens des Durchschnittslesers und seiner Veränderung im Zeitablauf ist das Sozialprodukt pro Kopf. Da durch die Zuwanderung der Gastarbeiter die Zahl der Köpfe, die Anspruch auf das Inlandsprodukt haben, steigt, ändert sich nicht nur der Zähler

("die deutsche Produktion") sondern auch der Nenner. Der Verfasser hätte zumindest beweisen müssen, daß nach Abzug des Einkommens der hinzugekommenen Gastarbeiter für den Durchschnittsdeutschen mehr übrig bleibt als vor Einwanderung der Gastarbeiter, daß das Volkseinkommen pro Kopf steigt.

Er macht gar nicht den Versuch. Er versucht auch nicht zu beweisen, daß die Gastarbeiter dazu beitragen, das Einkommen der größeren Gruppe des deutschen Volkes - der Arbeitnehmer - zu erhöhen. Stattdessen stellt er als bedeutend heraus, daß die deutschen Arbeiter grundsätzlich den gleichen Lohn - und nicht mehr - erhalten, wie die Gastarbeiter. Eine solche Analyse zwingt dazu, in Marx'schen Kategorien zu denken: Die Gastarbeiter werden engagiert, um den Mehrwert zu erhöhen. Was als Erhöhung der "deutschen Produktion" allen begrüßenswert erscheint, sind de facto zusätzliche Unternehmergewinne; was als erhöhte Wachstumsrate jedem willkommen ist, entpuppt sich als Wachstum des Einkommens einer bestimmten Gruppe.

Das Interesse, dem der Gebrauch der fragwürdigen Begriffe zu dienen hat, wird in einigen Passagen des Aufsatzes von Kunze sogar offenbar, ohne dann noch aufzufallen: Im dritten Zitat spricht Kunze davon, daß die Gastarbeiter zur Entspannung des Arbeitsmarktes beitrügen. Das bedeutet bei Licht besehen nichts anderes als eine Schwächung der Position der deutschen Arbeitnehmer und damit wahrscheinlich eine Verschlechterung ihrer Einkommenssituation. Typisch für den Sprachgebrauch ist die im gleichen Satz verwendete Formel "deutsche Wirtschaft". Den wenigsten Lesern wird es aufgefallen sein, daß hiermit wirklich die deutsche Wirtschaft, d.h. die deutschen Unternehmer und nicht jeder schlechthin gemeint war. Denn zumindest der (deutsche) Arbeitnehmer ist "nicht darauf angewiesen", die "Spannungen am Arbeitsmarkt durch einen Rückgriff auf die Reserven anderer Länder zu mildern".[5]

Die Gründe für die Fehlinterpretation der untersuchten



Begriffe sind vielfältig. Neben der bei uns verbreiteten und laufend geförderten[6] Vorstellung von der Homogenität der Interessen, neben einem nicht auszumerzenden nationalen Pathos, spielt für einige Begriffe sicher die Tatsache eine Rolle, daß sie aus anderen Sachzusammenhängen genommen sind und von daher mit einem Informationsgehalt aufgeladen sind, der dem neuen Bereich nicht gerecht wird. Im Bereich der Natur ist Wachstum in der Tat positiv zu beurteilen. Daß dieser Begriff in der heutigen wirtschaftspolitischen Diskussion eine so gewichtige Rolle spielt, ist bedauerlich.[7] (Die Ökonomen sind dafür sicher mitverantwortlich). - Eigene Produktions- und Einkommenserhöhungen haben für jeden einen sichtbaren positiven Effekt; für jeden einzelnen gilt das aber nicht unbedingt, wenn Sozialprodukt oder Volkseinkommen steigt.

Die allgemein aufweisbare Bereitschaft vieler deutscher Bürger, Produktion und Wachstum als oberste Ziele unserer Wirtschaftspolitik anzuerkennen und diesen Zielen einiges zu opfern, läßt sich wohl auch aus der täglichen Gewohnheit miterklären. Wie sollte man von Menschen, die zwanzig Jahre lang mit unerhörtem Eifer fast täglich zur Arbeit gingen, und deren Denkem um Produktionssteigerungen kreiste, und die auch weiterhin im heutigen System gar nicht anders können als zu arbeiten, verlangen können, ihr eigenes Tun und ihre Vergangenheit zu relativieren und als ziemlich irrelevant für sich und die Gesellschaft anzusehen.

Man muß auch ehrlicherweise fragen, ob die Diskussion in der Öffentlichkeit sich überhaupt differenzierterer Analysen bedienen kann, d.h. ob etwas weniger grobe und verfälschende Ziele wirtschaftspolitischer Aktion überhaupt in der öffentlichen Diskussion formulierbar sind. Der Einsatz der hier untersuchten Begriffe könnte die Folge des Mangels an Information beim Großteil der Bevölkerung und einer ungenügenden Struktur des politischen Entscheidungsprozesses sein. Eine wohlwollende Interpretation

würde dieses Argument wohl in den Vordergrund spielen; ich meine, daß die Zitate aus der "Zeit" damit allein nicht verständlich und durchsichtig werden.

In den aufgeführten Zitaten war ein Begriff aufgetaucht, der sich sehr schön zur Demonstration meiner These verwenden läßt: "Arbeitsmarktspannungen". Was würde man wohl üblicherweise darunter verstehen? Würde ein Urteil induziert? Welches? Meines Erachtens ist das Urteil fast eindeutig und immer durch das Wort "Spannung" vorgeprägt. Arbeitsmarktspannungen sind von Übel. "Wir leiden unter Arbeitsmarktspannungen", dürfte eine typische Aussage sein. Die Bedeutung des Wortes "Arbeitsmarktspannung" ist offensichtlich geprägt von der Bedeutung des Begriffes Spannung, die dieser in anderen Zusammenhängen hat.
In der Ökonomie spricht man dann von Arbeitsmarktspannungen, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften zum herrschenden Lohn größer ist als das Angebot. Eine solche Situation wird der neutrale Beobachter ohne Beachtung anderer Umstände (konjunkturelle Lage, Zahlungsbilanzsituation, Preisentwicklung, etc.) weder mit dem Prädikat "gut" noch mit "schlecht" bezeichnen können. Der Anbieter von Arbeitskraft - der Arbeitnehmer - wird (sollte) sich in der Regel darüber freuen, der Nachfrager von Arbeitskraft - der Unternehmer - wird mit Recht auf eine Änderung der Situation hinarbeiten. Für ihn stimmt üblicher Informationsgehalt des untersuchten Begriffs mit dem seiner "speziellen Wirklichkeit gerecht werdenden Gehalt" überein, für ihn besteht keine Diskrepanz; für wohl die meisten Anbieter auf dem Arbeitsmarkt führt die Verwendung des Terminus Arbeitsmarktspannung zu Mißverstehen, zu Fehlorientierung und zu einem den eigenen Interessen zuwiderlaufenden Vorurteil. Die Diskrepanz ist gruppengebunden.

Die Ursache dafür, daß dieser Begriff allgemein akzeptiert wird und auch wohl allgemein im Sinne der Unternehmer (im weitesten Sinne jener, die Arbeitskräfte nachfra-

gen) gebraucht wird, ist wahrscheinlich vielfältiger Natur. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß sich die Ökonomen der gleichen unsauberen Sprache bedienen. Dann dürfte eine Rolle gespielt haben, daß die Nichtabhängigarbeitenden in der Vergangenheit sicher in weitem Umfang Begriffe prägten. Aber auch hier könnte bedeutsam sein, daß das deutsche Volk gerne bereit ist, sich die Interessen dominanter Gruppen zu eigen zu machen, weil sich jeder willig eine Chance des Aufstiegs ausrechnet.

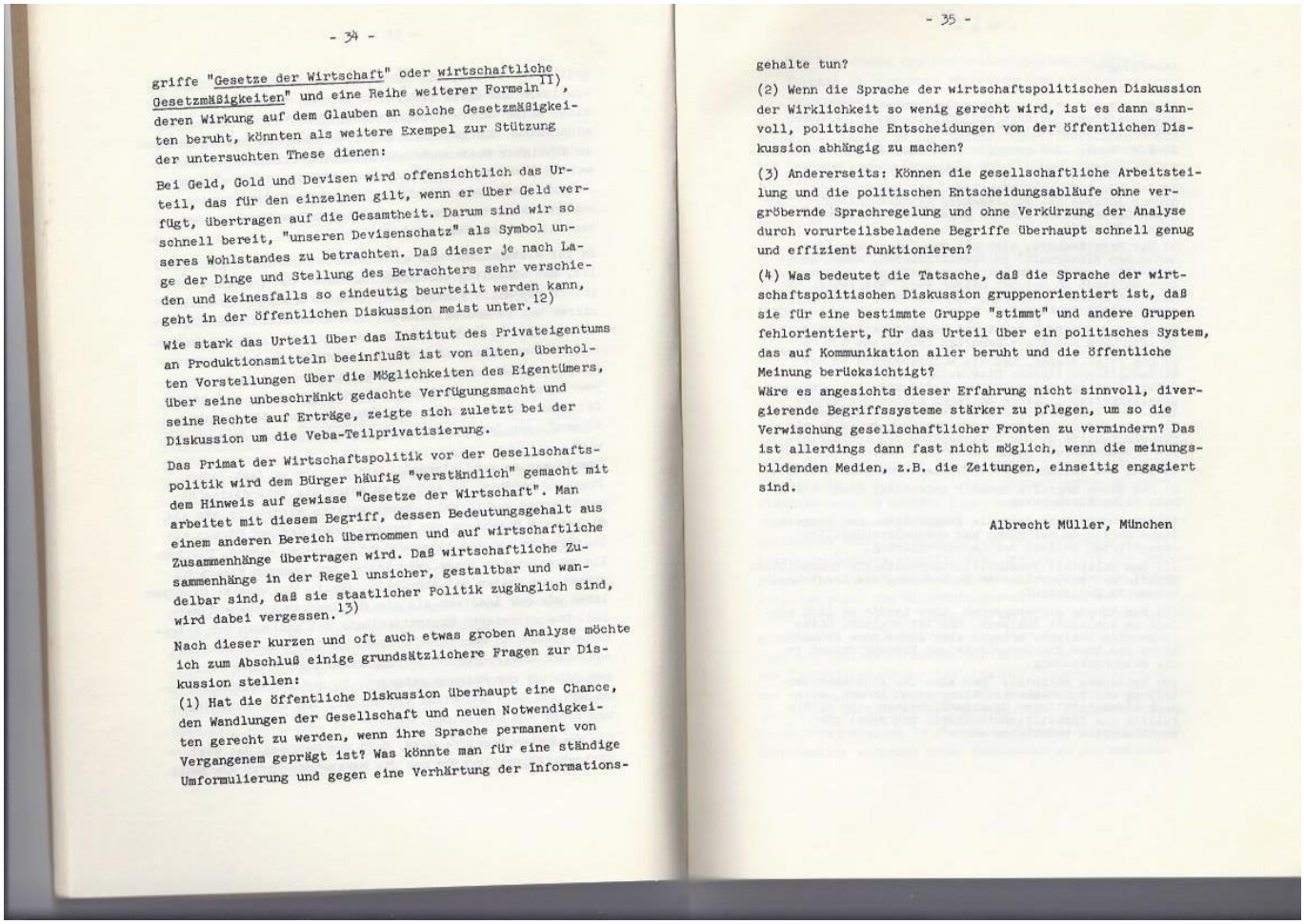
Ich erwähnte zuvor, daß eine Arbeitsmarktspannung je nach konjunktureller Lage und Zahlungsbilanzsituation verschieden beurteilt werden kann. Auch ein neutraler Beobachter könnte in einer bestimmten Situation[8] zum Schluß kommen, daß der Begriff mit Recht so verstanden wird, wie das üblicherweise geschieht.

Dasselbe läßt sich von einem anderen Komplex häufig gebrauchter Formeln sagen, von den Begriffen "Positive Zahlungsbilanz", "Zahlungsbilanzüberschuß", "Leistungsbilanzdefizit"[9]. Nur in ganz bestimmten Situationen ist das Urteil, das diese Formeln impliziert - z.B.: ein Zahlungsbilanzüberschuß sei begrüßenswert, oder: eine negative Leistungsbilanz sei von Übel -, gerechtfertigt. Ein Nationalökonom könnte einen Überschuß oder ein Defizit nicht beurteilen ohne zu wissen, wie hoch z.B. die Devisenreserven des betreffenden Landes sind, ob das betreffende Land verpflichtet ist, Kapital zu exportieren, wie sich wohl das interne Preisniveau und jenes der Handelspartner in Zukunft entwickeln wird, etc. Für den Durchschnittsbürger sagt das mathematische Zeichen "positiv" und der wahrscheinlich aus der Zeit des Merkantilismus stammende Begriff "Überschuß" auch ohne Beachtung der Umstände genug. Die bundesrepublikanischen Zeitungen sind durchsetzt mit Erörterungen zum Thema Zahlungsbilanz; fast alle gebrauchen die Termini im skizzierten Sinn und mit dem obligatorischen Fehlurteil. Sie gebrauchen bzw. mißbrauchen sie dazu, um ihren Lesern klar zu machen, wie

gefährlich es sei, die Aktivität der öffentlichen Hand zu erweitern und dafür Steuern zu erhöhen ("wir opfern auf diese Weise unsere Wettbewerbsfähigkeit"). Die Zeitungen mißbrauchen die genannten Begriffe dazu, um Lohnforderungen in scheinbar bestehende außenwirtschaftliche Schranken zu weisen ("wir zahlen die höchsten Löhne in Europa"), um ständig gesellschaftspolitische Anliegen einer häufig unbegründeten strengen Regel außenwirtschaftlichen Wohlverhaltens zu unterwerfen.[10]

Es ist erstaunlich, daß es bis heute noch nicht gelungen ist, den einseitig wertenden Charakter der genannten Begriffe mit Hilfe einiger aufklärender Analysen zu eliminieren und zu neutralisieren. Aber offensichtlich belasten Erfahrungen so sehr unser Verstehen, daß eine Neuorientierung bisher erfolgreich blockiert wurde. Zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise, der großen Arbeitslosigkeit der 30er Jahre und während der Dollarknappheit vor und einige Zeit nach 1950 erschien eine "Verbesserung der Zahlungsbilanz", ein Zahlungsbilanzüberschuß durchaus erstrebenswert.
Damals war es wohl sinnvoll, die Exporte um fast jeden Preis zu erhöhen, um auf diese Weise die inländische Beschäftigung anzukurbeln. Heute sollten Exporte primär als Mittel zur Bezahlung der Importe (oder darüber hinaus als Gegenposten von Kapitalexporten) angesehen werden. Die häufig vorgebrachte These, wir lebten von unseren Exporten, stammt aus Zeiten der Arbeitslosigkeit. Von unseren Exporten leben wir nur insofern als sie für Importe gebraucht werden. Die skizzierte Exportideologie ist getragen von intensivem Denken in monetären Größen: in Geld, Gold und Devisen. Ein "unverbogener" Zeitungsleser könnte nach einigem Studium zur Meinung gelangen, in der Bundesrepublik lebe man von Geld und nicht von Gütern, von Devisenschätzen und nicht von Apfelsinen.

Die erwähnten Begriffe Geld, Gold und Devisen, das vielzitierte Privateigentum und die Marktwirtschaft, die Be-



griffe "Gesetze der Wirtschaft" oder wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten" und eine Reihe weiterer Formeln[11], deren Wirkung auf dem Glauben an solche Gesetzmäßigkeiten beruht, könnten als weitere Exempel zur Stützung der untersuchten These dienen:

Bei Geld, Gold und Devisen wird offensichtlich das Urteil, das für den einzelnen gilt, wenn er über Geld verfügt, übertragen auf die Gesamtheit. Darum sind wir so schnell bereit, "unseren Devisenschatz" als Symbol unseres Wohlstandes zu betrachten. Daß dieser je nach Lage der Dinge und Stellung des Betrachters sehr verschieden und keinesfalls so eindeutig beurteilt werden kann, geht in der öffentlichen Diskussion meist unter.[12]

Wie stark das Urteil über das Institut des Privateigentums an Produktionsmitteln beeinflußt ist von alten, überholten Vorstellungen über die Möglichkeiten des Eigentümers, über seine unbeschränkt gedachte Verfügungsmacht und seine Rechte auf Erträge, zeigte sich zuletzt bei der Diskussion um die Veba-Teilprivatisierung.

Das Primat der Wirtschaftspolitik vor der Gesellschaftspolitik wird dem Bürger häufig "verständlich" gemacht mit dem Hinweis auf gewisse "Gesetze der Wirtschaft". Man arbeitet mit diesem Begriff, dessen Bedeutungsgehalt aus einem anderen Bereich übernommen und auf wirtschaftliche Zusammenhänge übertragen wird. Daß wirtschaftliche Zusammenhänge in der Regel unsicher, gestaltbar und wandelbar sind, daß sie staatlicher Politik zugänglich sind, wird dabei vergessen.[13]

Nach dieser kurzen und oft auch etwas groben Analyse möchte ich zum Abschluß einige grundsätzlichere Fragen zur Diskussion stellen:
(1) Hat die öffentliche Diskussion überhaupt eine Chance, den Wandlungen der Gesellschaft und neuen Notwendigkeiten gerecht zu werden, wenn ihre Sprache permanent von Vergangenem geprägt ist? Was könnte man für eine ständige Umformulierung und gegen eine Verhärtung der Informationsgehalte tun?

(2) Wenn die Sprache der wirtschaftspolitischen Diskussion der Wirklichkeit so wenig gerecht wird, ist es dann sinnvoll, politische Entscheidungen von der öffentlichen Diskussion abhängig zu machen?

(3) Andererseits: Können die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die politischen Entscheidungsabläufe ohne vergröbernde Sprachregelung und ohne Verkürzung der Analyse durch vorurteilsbeladene Begriffe überhaupt schnell genug und effizient funktionieren?

(4) Was bedeutet die Tatsache, daß die Sprache der wirtschaftspolitischen Diskussion gruppenorientiert ist, daß sie für eine bestimmte Gruppe "stimmt" und andere Gruppen fehlorientiert, für das Urteil über ein politisches System, das auf Kommunikation aller beruht und die öffentliche Meinung berücksichtigt?
Wäre es angesichts dieser Erfahrung nicht sinnvoll, divergierende Begriffssysteme stärker zu pflegen, um so die Verwischung gesellschaftlicher Fronten zu vermindern? Das ist allerdings dann fast nicht möglich, wenn die meinungsbildenden Medien, z.B. die Zeitungen, einseitig engagiert sind.

Albrecht Müller, München